

# Politische Kulturforschung

Herausgegeben von Samuel Salzborn

Band 10

*Zu Qualitätssicherung und Peer Review  
der vorliegenden Publikation*

Die Qualität der in dieser Reihe  
erscheinenden Arbeiten wird vor  
der Publikation durch den  
Herausgeber der Reihe geprüft.

*Notes on the quality assurance and peer  
review of this publication*

Prior to publication, the quality of  
the works published in this  
series is reviewed by the  
editor of the series.

Samuel Salzborn / Holger Zapf (Hrsg.)

# Krieg und Frieden

Kulturelle Deutungsmuster

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:  
© Olaf Gloeckler, Atelier Platen, Friedberg

Gedruckt auf alterungsbeständigem,  
säurefreiem Papier.

ISSN 1866-783X  
ISBN 978-3-631-65182-7 (Print)  
E-ISBN 978-3-653-04558-1 (E-Book)  
DOI 10.3726/978-3-653-04558-1

© Peter Lang GmbH  
Internationaler Verlag der Wissenschaften  
Frankfurt am Main 2015  
Alle Rechte vorbehalten.

Peter Lang Edition ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles ·  
New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages  
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für  
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die  
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation wurde begutachtet.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)

## Inhalt

Samuel Salzborn/Holger Zapf Krieg und Frieden als kulturrelative Konzepte.....	7
Peter Nitschke Clausewitz ohne Ende – Oder die Existenzialität des Krieges.....	11
Konrad Göke Die Erfindung des wahren Krieges Die Geburt des modernen Bellizismus aus der Krise der Aufklärung.....	35
Herfried Münkler Clausewitz im Ersten Weltkrieg.....	59
Ringo Wagner Wehrsport für den Frieden? Stalins Theorie von der Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Staaten und die Anfänge des Wehrsports in der DDR.....	87
Maren Tomforde Einsatzkultur und die Deutung von Gewalt beim Militär .....	109
Sebastian Huhnholz Sieg und Frieden? Imperiale Facetten demokratisierender Friedenskultur .....	137
Ulrike Spohn Kriegstreiberin Religion? ,Religion und Gewalt‘ als kulturelles Deutungsmuster der europäischen Moderne .....	161
Munajat Wie Demokratie und Religion Gewalt begünstigen. Eine Fallstudie am Beispiel der Indonesischen <i>Islamic Defender Front</i> .....	183

Sebastian Huhnholz

## Sieg und Frieden? Imperiale Facetten demokratisierender Friedenskultur

Im „Prozeß der Demokratie [wird] man mehr und mehr auch für seine Feinde  
verantwortlich.“

Peter Sloterdijk (2013: 44)

Die folgenden Ausführungen sind maßgeblich durch den Eindruck veranlasst, dass sich in der allgemeinen Kriegsinterpretation westlicher Demokratien seit zwei Jahrzehnten eine Reihe kleinerer, zusammen genommen jedoch gewichtiger Paradigmenwechsel vollzogen haben. Zu diesen zählen neben Wertewandel, etwa dem vom Wert des Friedens auf den der Gerechtigkeit und der Partizipation, insbesondere solche Selbstinterpretationen westlicher Gesellschaften, gemäß derer westliche militärische Interventionen und Pazifizierungskriege lediglich defensiver, gegebenenfalls noch präemptiver und präventiver Art sind. Das sind freilich nicht unbedingt unplausible Selbstinterpretationen. Es sind jedoch solche, die sich allzu oft bedenkenlos auf die am einflussreichsten sicher von Samuel Huntington geprägte Tatsachenbehauptung eines „Clash of Civilizations“ stützen können.

Zu letzterer ist im Folgenden nichts eigenes auszuführen. Jedoch ist mit der Geopolitik-kulturalistischen „Clash“-These in Rechnung zu stellen, dass im Rücken entsprechend defensiver Interpretationen westlichen Kriegshandelns Kulturalisierungs-, ja Essentialisierungseffekte bedient, erzeugt und genutzt werden, durch die alternative und vor allem kritischere Kriegserklärungsmuster systematisch marginalisiert werden. Das bedingt einerseits, dass insbesondere vom politischen Modell des Westens und von einer kapitalistischen globalen Ökonomie mitverursachte oder wenigstens geduldete sozioökonomische bis klimatische Kriegsursachen zu sehr hinter kulturalistischen Abwehrbehauptungen verschwinden. Und das bedingt andererseits, und dies wird im Fokus dieses Beitrags stehen, dass sich die kulturalistische Interpretation gegnerischer Konfliktparteien auch als politische Strategie verfassungsdemokratisch gebundener Konfliktparteien instrumentalisiert lässt: Kaschieren oder kombinieren sie die Legitimierung

einer gewaltsamen Durchsetzung beispielsweise ökonomischer Interessen mit anspruchsvoll benevolenten Aufklärungs-, Entwicklungs- und Demokratisierungsprogrammen, mit unverhandelbaren Wertansprüchen jedenfalls, an denen sich recht verlässlich scheitern lässt, drohen die wohlmeinenden Inhalte und die dahinter stehenden Werte tatsächlich „imperialisiert“ und also in einer Weise diskreditiert zu werden, dass die Kulturalisierung eines Konflikts zur *self-fulfilling prophecy* wird.

Die folgenden Ausführungen stehen gleichwohl unter einem Titel, der wohl zunächst vermuten lässt, hier würde einmal mehr die imperiale Seite des IB-Modells des „Demokratischen Friedens“ zitiert, also das, was Sebastian Haffner in seinen *Anmerkungen zu Hitler* mit ironisch verkürzter Note zu Kant das Problem nannte, dass der wohl effektivste Weg zur Befriedung der Welt wahrscheinlich doch dem Modell der pax Romana entspreche, nämlich ein Welteroberungskrieg sei (Haffner 1978: 162). Aber auf die Untiefen des *Ewigen Frieden* will ich nicht hinaus (dazu Geis/Wagner 2007; Mann 2007; Snyder 2000).

Die Absicht dieses Beitrags besteht darin, die jüngere *Kulturalisierung* von Feinden und ihren Kampfweisen indirekt zu beobachten – Kulturalisierung in der Art etwa, der Islam, der Dschihadismus oder neuerdings wieder Russland neigten nicht zur Demokratisierung, da sie kulturell gar nicht – oder, kulturpädagogischer: *noch nicht* auf Friedfertigkeit, Relativismus usw. angelegt seien. Darüber ist viel gesagt und geschrieben worden in den letzten Jahren, sodass ich nur fragen möchte, inwieweit sich derlei kulturalistische und insofern: viel *zu leicht* widerlegbare Stereotype *re-rationalisieren* lassen, genauer: ob sie sich anhand *opponierender*, das heißt *asymmetrischer* Handlungsrationaltäten problematisieren lassen. In einem solchen Fall nämlich würde die Kulturalisierung gegnerischen Konfliktverhaltens als spezifisch asymmetrische Strategie decodierbar, als ein – im Folgenden auf Demokratien hin eingeschränkter, prinzipiell indes nicht auf Demokratien beschränkter – Versuch, die zweckrationale Dimension gegnerischen Handelns durch eine einseitig wertrationale Beobachtung zu überschreiben und dadurch ein primär kulturelles Gefälle zu suggerieren; ein Gefälle, das anscheinend nicht verhandelbar ist, ohne sich dem Vorwurf der Heuchelei auszusetzen; ein Gefälle darum aber auch, dessen moralpolitische Grundlage für interessierte Parteien umso leichter zu missbrauchen ist.

Strategien normativer Selbstbindung sind einerseits sicher typisch für moderne Demokratien, und denkt man an Menschenrechtsfragen, Grundrechte u.a., versteht sich leicht, wozu derlei Limitierungen eigenen Handlungsspielraums dienen. Ohne Weiteres etwa ist heute nachvollziehbar, warum es politisch nützt, im Angesicht selbst überschaubarer gewalttätiger Demokratiebedrohungen auf moderne Perikles' zu verweisen, sei es auf Abraham Lincoln, sei es auf Winston Churchills dramatisch beschwörende Kriegsreden gegen Hitler: „denn ohne den Sieg gibt es kein Überleben“ (siehe Afflerbach 2013: 161).<sup>1</sup> Und selbst zum Phänomen, dass zumal asymmetrische Feindbildkonstruktionen häufig Projektionen sind, die gleichwie pathologische Binnenphänomene einer Gesellschaft durch geografische, kulturalistische und sozialpsychologische Externalisierung meinen austreiben zu müssen, mag theoretisch alles gesagt sein, ohne dass dadurch etwas gegen die realweltliche Wirkmächtigkeit von Feindbildern gewonnen wäre (dazu am Beispiel Dschihadismus Huhnholz 2010a).

Doch produziert diese Unnachgiebigkeit andererseits auch schwerlich wünschbare Effekte: den Anschein totaler Perspektiven etwa, die Verglebarkeit von Diplomatie auch und, im kriegerischen Konfliktfall, das Siegfriedendilemma, die Implikation also, Frieden würde nur auf Basis eines totalen Sieges oder einer bedingungslosen Kapitulation überhaupt möglich, da der Gegner gar keinen Anspruch darauf besitze, seine eigenen Perspektiven als rationale und insofern diplomatiefähige, weil kommunikativ gleichberechtigte gewürdigt zu wissen. Mit anderen Worten: Die normative Kulturalisierung von Gegnerschaft asymmetriert aus sich selbst

---

1 In diesem Beispiel erscheint indes ein wesentliches, für die hiesige Perspektive allerdings nicht primär relevantes Motiv, das in jedem Freiheitspathos enthalten und spätestens bei Machiavelli systematisch in politische Theorie überführt worden ist: dass nämlich die immer wieder „imperiale“ Kraft von Republiken just ihrer freiheitlichen Motivation entspringt; eine bemerkenswerte Fähigkeit, die einen Januskopf hat und diesen (jedenfalls laut Machiavelli und weiteren Theoretikern des sog. „imperialen Republikanismus“) sogar braucht: Die imperialen Stärken bzw. die soziomoralischen Kampfvorteile von Freistaaten geführter Kriege bestehen weniger in tatsächlicher asymmetrischer Stärke. Ironischerweise liegen sie vielmehr in der besonderen Glaubwürdigkeit, mit der Demokratien sich etwaige eigene militärische Niederlagen als politische Existenzvernichtung imaginieren können, eine Qualität, die sie mit realen Imperien durchaus eint (dazu Walter 2011 und unten, Anm. 2).

heraus zur Feindschaft. Sie produziert womöglich just jene Feinde, die sie zu identifizieren und abzuwehren vorgibt.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund genügt denn auch der Hinweis nicht, dass kulturalistische Stereotype immer konstruiert sind. Derlei dekonstruktivistische Universalthesen sind aller kritischen Selbstverständlichkeit zum Trotz interkulturell nicht sinnvoll zu gebrauchen, will man auch die Dynamiken erfassen, die sich aus ihrer Instrumentalisierung ergeben können. Die im Folgenden zu plausibilisierende Problematik soll darum – ohne Anspruch auf erschöpfende Behandlung – eher auf die Frage bauen, mit welchen nicht-intendierten Effekten zu rechnen ist, wenn im Fall von möglichen oder realen Demokratisierungskriegen eine undemokratische Gegenseite

2 Der Begriff des „Siegfriedens“ ist freilich ein Propagandeterminus des Ersten Weltkrieges. Er meint, dass nur der militärische Sieg einer einzigen Seite den politischen Frieden für alle bringen werde. Das klingt zunächst banal imperial, hat aber außergewöhnliche Implikationen, die schon in der Semantik liegen. Zum Ersten und Einfachsten nämlich bedeutet Siegfrieden dann, dass kein Verhandlungsfrieden denkbar *sein soll* und auch keine Kapitulation. Es handelt sich mithin um die politische Überzeugung, militärisch zum Äußersten greifen zu *müssen*, und folglich geht es nicht nur um die sogenannte „totale“ Kriegführung, sondern zugleich um eine imperiale: Die Niederlage der auf „Siegfrieden“ setzenden Seite wird aus deren eigenem politischen Vorstellungshorizont getilgt, weil sie einer Niederlage auf ganzer Linie, einer Kulturvernichtung, dem Untergang einer Zivilisation gleichkäme, die selbst für sich beansprucht, gerade produktiv statt destruktiv zu sein. Andernfalls hieße es nicht „Siegfrieden“, sondern nur „Sieg“. In den letzten Jahren begegnet uns dieses Modell in Gestalt solcher Begriffe wie „liberal empire“, „empire in denial“, „republican empire“, „empire of liberty“ u.v.a.m. (siehe Sammlung bei Huhnholz 2014a: 70, 338). Zum Zweiten begünstigte die Idee des „Siegfriedens“ historisch konkret nicht nur die Intensivierung und Verlängerung des Großen Krieges, sondern die Niederlage des Friedens. Das gilt schon semantisch, insofern ein fiktiver Komplementärbegriff zu „Siegfrieden“ „Niederlagenkrieg“ lauten müsste. Die Deutschen haben später freilich nicht den Komplementärbegriff gewählt, sondern einen erinnerungspolitischen Konträrbegriff: „Diktatfrieden.“ Der „Diktatfrieden“ wurde gewissermaßen der trotz Niederlage in der Selbstverfügung der Verliererseite verbleibende Gegenbegriff zu „Siegfrieden“. Er markierte nach außen, dass die Sache nicht ausgestanden sei, und in Kombination mit „Dolchstoßlegende“, dass der Krieg nicht auf Augenhöhe, nicht als Duell, sondern hinterrücks, als Bürgerkrieg entschieden worden sei. Der Frieden erhielt dadurch den Doppelbeigeschmack einer von Verrätern administrierten Besatzerverfassung.

als bloß *vordemokratischer* Entwicklungsaspirant überhaupt konturiert wird. Denn immerhin wird dadurch jene Gegenseite auf klassisch „imperiale“ Art als politisch ungleichwertig deklassiert und als der beschleunigten Aufklärung bedürftiges Mündel infantilisiert, als jenes friedenskulturell erziehungs- und befreiungsbedürftige Naturzustandssymbol also, das im liberalpolitischen, kontraktualistischen Sinne nicht Vertragsfähig, sondern allenfalls pazifizierbar ist.

Immerhin doch kann (oder sollte) die schon der frühliberalen Vertragslehre seit Hobbes eigene und von Rousseau bis zu Rawls lediglich fortgesetzte Tradition erstaunen, mit der die Vorstellung innergesellschaftlicher politischer Unmündigkeit kulturtheoretisch zu gesellschaftlicher Evolution aufgerüstet, politiktheoretisch gar als progressive „Phylogenese“ recodiert werden kann, als eine stammesgeschichtlich assoziierte Zivilisierungsphase jedenfalls, durch die nicht-demokratische Staaten und Völker als restkindliche Stadien einer dereinst erwachsenen Menschheit erscheinen, als Rudimente naturzuständlicher Barbarei, als erstaunliche Reservate (vgl. Manow 2011; dazu Huhnholz 2014c), die zwar zeitreisentypische Rückblicke in archaische Kulturstufen ermöglichen, gerade darum aber keinen völkerrechtlichen Anspruch auf Verschonung vor benevolenter Aufklärung durch *regime change* genießen. Können Demokratien, kurzum, einen auf Gleichheit, wenigstens auf Vertragsgleichheit basierenden Friedensschluss überhaupt denken, solange sie sich selbst noch so vertraute und nahverwandte Nichtdemokratien notorisch als kulturell rückständige, ungleichwertige Gegner imaginieren?

Dergleichen ist fraglos längst viel radikaler gedacht worden, und sicher entgeht eine solche Perspektive nicht dem Vorwurf, womöglich reaktionären Gesinnungen dienlich zu sein (vgl. nur die Rezeptionsgeschichte von Koselleck 1954/59 und Kesting 1959, vor allem Habermas 1960). Das ist nicht zu verhindern, allerdings eben auch nicht verharmlosen angesichts der jüngeren weltpolitischen Lage, in der die Abkehr von liberalen, auf wechselseitige Souveränität fokussierten Außenpolitik- und Friedensschlussstraditionen in Verbindung mit aufklärerischer Erziehungsimpulsivität und revolutionärer Terminologie (dazu Suri 2011) das noch in den 1990er Jahren in der westlichen Welt reichlich beliebte Credo friedfertiger Demokratien recht gründlich destruiert, dadurch geduldigere und gewaltärmere Freiheitlichkeitspfade verwüstet und das symbolische Kapital des demokratischen Versprechens veruntreut haben.

Umso mehr will ich der an sich altbekannten Vermutung nachgehen, dass bestimmte Vorannahmen dazu neigen – und bestimmt soll hier heißen: dass implizit „imperiale“ Prägungen des freiheitlichen Friedensmodells in einer nicht durchdemokratisierten Welt dazu neigen, *aus sich selbst heraus* normativ ungleichwertige Kriegsgegner zwar zu erzeugen, gleichzeitig aber, um diese für den Frieden wiederum inakzeptable politische Ungleichwertigkeit zu kaschieren, mit pädagogischen Variablen kulturelle Rückständigkeit suggerieren, um das republikanische Ideal wenigstens zukünftig politischer Gleichheit zu bedienen. Die „fremde Kultur“ erfüllt mithin die Funktion eines Feigenblatts, hinter dem allzu imperiale Obszönität und deren den modernen, auf zwanglose Einsichtigkeit geeichten Demokratienkonzepten widersprechende Implikationen verdeckt werden.

Doch welche problematischen Eigendynamiken sowohl auf beiden Konfliktseiten wie auch für den Konflikt selbst sollte dies eigentlich provozieren? Einerseits muss ein demokratieseitig geführter Krieg auch politisch erfolgreich enden, nicht nur gewonnen werden also, sondern selbst eine Demokratie hervorbringen – ein Vorhaben, das den merkwürdig populären Stammtischbeispielen BRD und Japan zum Trotz kaum je von Erfolg gekrönt war, die gleichwohl heute notorisch als Beleg generell möglicher Demokratisierungskriege herzuhalten haben (vgl. dazu kritisch Grimm 2010). Andererseits ist diese Bedingung auf ‚nicht-demokratischer‘ Seite (um es der Verständlichkeit halber so dichotom zu vereinfachen) denkbar leicht zu bedienen: als Erfordernis, den demokratischen Gesslerhut zwar zu grüßen, darüber hinaus aber auf die typischerweise kurzen wahlperiodischen Zeitrhythmen der auf Demokratisierungsmission befindlichen Macht zu vertrauen und abzuwarten. Gänzlich katastrophal wird dieses Szenario spätestens, wenn, wie jüngeren Datums im Nahen und Mittleren Osten, der „Westen“ sich eher Mühe zu geben scheint, jene allseits verfügbaren dschihadistischen Strategiepapiere der Jahre 1996–98 zu befolgen (siehe Kepel/Milleli 2006; Huhnholz 2010a), die darauf setzten, dass naive westliche Interventionen dschihadismus-averse Potentaten entmachten würden – nicht in der Absicht, sehr wohl aber mit dem Effekt, dass nunmehr der einst durch fundamentalistische Kalifatsphantasien beworbene Horroracker tatsächlich gepflügt worden ist. Es sind daher auch solche, im sogenannten „Islamischen Staat“ nur ebenso exemplarische wie gruselige Interaktionsrationalitäten asymmetrisch konträrer Strategeme, die

im Folgenden mitgedacht gehören. Sie sind aufgrund ihrer idealistischen Ursachen nämlich nicht identisch mit früheren, zynischen, kooperativen und daher nicht asymmetrischen Kalkülen wie etwa der Beihilfe der USA zur Inthronisierung des Pinochet-Regimes in Argentinien u.a.m.

Ich gehe daher davon aus, dass Demokratisierungsmissionen mit imperialen Deutungsmustern zu analysieren sind und imperiale Deutungsmuster immer offen für kulturalistische Deutungsmuster sind – allerdings in einem gewissermaßen obszönen, technischen, kontextgebundenen Sinne: binnendemokratische Imperialität ist eo ipso durch ein Setting politischer Differenzannahmen hinsichtlich der Akteure jenseits der imperialen Grenzen bestimmt, seien dies räumliche oder symbolische Grenzen. Und das vielleicht entscheidende Kriterium einer utopischen Friedenspolitik mit demokratischen Missionierungsidealen ist nun einmal die Idee, man müsse im Fall erfolgreicher Kriegsbeendigung die militärisch-faktische Asymmetrie in politisch-normative Symmetrie überführen – sprich: der militärischen Niederlage des Gegners eine politische Niederlage hinzufügen, die aber als kultureller Fortschritt angepriesen und beglaubigt werden muss.

Für diese Doppelbeschreibung von verfassungstypologischer und militärischer Überlegenheitskommunikation eignet sich die modelltheoretische Grammatik der Asymmetrie. Sie gilt es daher in einem nächsten Schritt zunächst knapp anzuführen, um offenzulegen, aus welcher Perspektive das Thema *prinzipiell* beobachtet werden kann und was für ein theoretischer Blickwinkel hier zu erwarten ist.

### Grammatik der Asymmetrie

Grundlegend folge ich dem modelltheoretischen Gedankengebäude von Symmetrie und Asymmetrie. Wie Herfried Münkler und andere immer wieder gezeigt haben, eignet sich die politiktheoretische „Grammatik“ der Asymmetrie-Sprache zur Beschreibung solcher Konfliktkonstellationen, deren Beteiligte widerstrebige Rationalitäten verwenden (siehe insb. Münkler 2006). Etwa derart, dass eine militärisch überlegene Seite der hoffnungslos unterlegenen Seite realistischere Weise keine politische Gleichberechtigung und damit keine diplomatisch reziproke Verhandlungsmacht einräumen wird, was wiederum, rechtzeitig antizipiert, eine militärisch unterlegene Seite dazu animieren wird, die symmetrische Augenhöhe nicht

mittels offenem Krieg und direktem Kampf zu suchen, sondern sich stattdessen vielmehr zu asymmetrieren, also irregulär zu werden, beispielsweise terroristisch und partisanisch zu agieren, und ferner feindschaftlich-manichäisch zu argumentieren, also etwa ideologisch und religiös zu kommunizieren.

Als Betroffene neigen wir schnell dazu, uns diese einander recht passgenau widerstreitenden Rationalitäten mit kulturellen Unterschieden zu erklären (dazu Huhnholz 2014a: 377–382; diesbzgl. paradigmatisch Keegan 1996, aber auch Sofsky 1996: 213–230), und mehr noch: insbesondere jene Unterschiede zu beobachten, die sich kulturalisieren lassen.<sup>3</sup> Es ist ein kognitionspsychologischer Gemeinplatz, dass das Zusammentreffen zweier salienter Stimuli zu Fehlattribuierungen zu führen vermag, da sie womöglich vorschnell, gewissermaßen psychogen korreliert werden (vgl. Wahl et al. 2001: 308f.). Entsprechend dürfte im Fall asymmetrischer Kampfweisen – gleich übrigens, ob asymmetrisch überlegener oder unterlegener Gewaltanwendung – die Kulturalisierung dieser Kampfweisen umso leichter sein, desto fremder der Gegner erscheint, gemacht wird oder tatsächlich ist. Dies gilt, notabene, *ungeachtet* der konkreten Gewalttechniken, wie sich am Beispiel von Selbstmordattentaten leicht aufzeigen lässt: Jenseits der sogenannten Arabischen Welt erfunden, historisch immer wieder, regional zeitweise sogar massenhaft erprobt und überhaupt bis auf unsere Zeit durch allerlei außerarabische Besonderheiten geprägt, dient das Selbstmordattentat doch als pejoratives Stereotyp einer spezifisch islamisierten Kampfkultur (Huhnholz 2010b) – und wahrscheinlich ließe sich Ähnliches mittlerweile auch von terroristischen Praktiken in Gänze sagen,

3 Eine historische und durch Hollywood nur verfremdet fikionalisierte Figur, die dieses Problem meines Erachtens perfektionistisch, d.h. notwendig zynisch in den Griff zu bekommen versuchte, war Herman Kahn alias Stanley Kubricks „Dr. Seltsam“: Kahn galt als Clausewitz des Atomzeitalters, insofern er versuchte, das nukleare Raketenschach der Großmächte als Eskalationsstufen zu rationalisieren, weil er davon ausging, dass kulturelle Asymmetrien unweigerlich zu katastrophalen Fehlkommunikationen führen würden, deren Folgen es im Atomwaffenzeitalter durch vorab rationalisierte „Spielzüge“ im Sinne von Sprossenklettern auf einer Eskalationsleiter einzudämmen galt. Ein ‚Fehltritt‘ sollte, um im Bild zu bleiben, nur die einzelne Sprosse, nicht die gesamte Leiter nehmen (dazu im Detail Huhnholz 2015a).

scheint es hierzulande doch seit einigen Jahren immer wieder, als sei „der Islam“ in sich eine terrorismusbegünstigende Religion.

Für Interessen an auch normativer Resymmetrierung zwecks kommunikativer Abrüstung sind solche Dynamiken erhellend wie alarmierend zugleich. Schon in den frühneuzeitlichen völkerrechtlichen Vorstellungen, wie sie vor allem Hugo Grotius sammelte, findet sich die Einsicht, dass, soll ein Krieg möglichst dauerhaft und einvernehmlich beendet werden, man ihn so gehegt zu führen habe, dass eine Versöhnung der Kriegsparteien zumutbar bleibt – gerade *weil* die Kriegsgeschichtsschreibung voll von dem widersprechenden Belegen ist. Die Einebnung von Aggressionen, von Rachegehlüsten und von Reparationserwartungen bleibt insofern sicher ein symmetrisches, kein asymmetrisches Gebot, soll es verrechtlichungsfähig werden und entsprechende Friedensverträge ermöglichen, was nicht zuletzt hieße, dass auch der Überlegene nachgibt. So ist diese Praxis eine nur bilateral zu habende Klugheit. Denn da man, dem Wort Jitzchak Rabins zufolge, nicht mit Freunden Frieden schließen kann, gilt es, die Feindschaft nicht durch Exzesse und Entwürdigungen zu verstetigen – eine Einsicht, die schon zwischenkulturell schwer zu haben sein scheint, aber umso unwahrscheinlicher wird, desto asymmetrischer die Gewaltanwendung einer oder aller Seiten wird.

Zu Recht ist daher in der Forschungsliteratur immer wieder ein ganz unwahrscheinliches Ereignis des späten Amerikanischen Bürgerkriegs als normativ paradigmatisch markiert worden: Die Kapitulation des Konföderiertengenerals Lee in Appomatox vor General Grant:

„Grant gewährte den Soldaten der Konföderation schonende und ehrenvolle Bedingungen; sie wurden nicht inhaftiert, sondern durften nach Hause zurückkehren und die Offiziere sogar ihre Pferde behalten. Auch Abraham Lincoln war der Ansicht, dass, nachdem der Sieg errungen war, nicht die Bestrafung des Verlierers auf dem Programm stehen solle. [...] Der Großmut des Siegers war wohlüberlegt und korrespondierte mit den Erwägungen des Verlierers“ (Afflerbach 2013: 181f.).

Vor dem Hintergrund dieser Beispiele und Ausführungen ist zunächst ohne weiteres Erstaunen zu konstatieren, dass es gewöhnlich nicht einfach nur die Siegerseite ist, die Bedingungen des Friedens maßgeblich vorzuprägen versteht, sondern dass darüber hinaus anzunehmen ist, dass eine solche Siegerseite vor politisch umso unwahrscheinlicheren

Friedensgestaltungsmöglichkeiten steht, desto überlegener sie ist. Denn die von Holger Afflerbach treffend „Großmut“ genannte Tugend kann im Fall auch kultureller Distanz zum asymmetrisch unterlegenen Gegner schlichtweg irrational wirken, faktisch auch tatsächlich töricht sein (etwa, weil auf gewährte Gnade, einem souveränen Akt also, der nur unter gänzlich Ungleichen möglich ist, mit Täuschung reagiert werden kann (dazu Afflerbach 2013: 8ff.)).

So stellt jedenfalls nicht nur die für einen gemeinsamen Frieden nötige Fiktion normativer Symmetrie eine an sich schon ausreichende Herausforderung für asymmetrisch obsiegende Mächte dar. Sie wird noch umso größer, desto kulturell befremdlicher die gegnerische Seite wirkt und spätestens dabei wirken eine Reihe der oben skizzierten, im Krieg rational und politisch genutzten Feindschaftsstereotype auf die Nachkriegssituation durch. Jedoch betrifft der kommunikative Rückstoß von dem Kriegsgegner angedichteten, eigens konstruierten oder nur besonders betonten Merkmale im Nachkrieg freilich weniger direkt die Beziehung zwischen den Kontrahenten. Vielmehr resultiert er aus den im Krieg genutzten Binnenkommunikationsmustern, um nicht zu sagen: der Propaganda der letztlich siegenden Seite selbst. Denn siegerseits schlecht zu erklären ist, warum ein zuvor geradezu diabolisierter Feind nunmehr geschont gehört, warum trotz totaler Überlegenheit überhaupt mit ihm verhandelt werden sollte.

Diese Konstellation ist, es sollte noch einmal in Erinnerung gerufen werden, nicht deshalb modelltheoretisch zu nennen, weil sie fiktiv wäre, sondern weil ihre Konstruiertheit eigendynamisch schon im Konfliktverlauf selbst wirkt: Es ist ja just derlei modelltheoretisch konstruierte Antizipation von Nachkriegsbedingungen, Friedensoptionen und Unterlegenheitswie Überlegenheitsfolgen, anhand derer verfeindete Parteien sich überhaupt auf spezifische Kriegsstrategien, Zeithorizonte und Gewaltpraktiken festlegen. Insofern hat Reinhart Koselleck wenn schon nicht als erster, so doch als vortrefflichster theoretischer Analytiker asymmetrisch konturierter Kriegsenden konstatiert, dass Niederlagen sehr viel größere Kreativität freisetzen, während Siege in systematisierbare, weil historisch immer wieder und sogar relativ regime-unabhängig beobachtbare Überheblichkeitsfallen münden (Koselleck 1988).

Im Prinzip scheint es drei Wege zu geben, die eigene Überlegenheit in Friedensordnungen zu überführen. Daher interessiert hier an der Analysesprache

des Asymmetrischen nur deren unmittelbar brauchbare Seite, die *asymmetrisch starker* Konstellationen beziehungsweise – in den Begriffen von Münkler: die Konstellationen der Asymmetrie „aus Stärke“, sprich: aus Überlegenheit, sei dies wirtschaftliche oder militärisch- technologische Überlegenheit, sei dies politische oder allgemein zivilisatorische. Diese Perspektive genügt zum einen, da sich ihre jeweils andere Seite ableiten lässt. Sie genügt zum anderen, da, zumindest meinem Eindruck nach, die Rezeption der politologischen Asymmetrietheorie in den vergangenen Jahren auf Imperialität auf der einen und auf Terrorismus auf der anderen Seite verengt worden ist. Dadurch scheint die Annahme verstetigt worden zu sein, dass eine asymmetrische Konfliktkonstellation an sich immer schon aus zwei für sich strategisch asymmetrischen Seiten bestehe, gar so, als würde etwa kleinteiliger Terrorismus immer auch eine asymmetrisch starke Überreaktion hervorrufen und, umgekehrt, eine stark überlegene Macht ihrerseits Strategien asymmetrischer Schwäche produzieren oder gar voraussetzen. Durch den Verzicht auf ein unnötig derart apriorisch gegenstrebendes Asymmetriemodell entgeht man dieser Übervereinfachung und so ist

1. der erste Typ die klassischerweise „imperialistisch“ oder „kolonialistisch“ zu nennende Variante von Asymmetrie. Hierbei wird „die“ „andere“ Seite als politisch ungleich, ja minderwertig betrachtet, wird gewissermaßen als unzivilisierte Kultur verstanden, die es mindestens zu unterwerfen gilt. Folglich fällt sie aus dem Rahmen diplomatischer Ansprechbarkeit, ist weder Adresse noch Adressat, und zwar selbst dann, wenn diese als politisch ungleichwertig deklassierte Seite nach Kräften ebenbürtig sein sollte.

2. Ein zweiter Typus ist der imperiale Typus von asymmetrischer Integration: Er setzt nicht auf Eroberung durch Unterwerfung oder Vernichtung und Ausbeutung, sondern auf Integration zu Bedingungen, die „der Andere“ zwar nicht mitbestimmt, die er gegebenenfalls aber durchaus wünschen, teils durch scheinaggressive Sticheleien sogar provozieren kann. Das wäre dann etwa das Modell der Bündnispolitik zu Zeiten der späten römischen Republik und des frühen Kaiserreichs: Der Beitritt in den römischen Zivilisations-, Macht- und Schutzraum zu römischen Bedingungen wird gewährt, bleibt aber durchweg asymmetrisch, da Rom die Befehlsgewalt und Bündnisdominanz behält und zumindest *Gruppen* kein gleichberechtigtes Bürgerrecht gewährt oder gar binnensymmetrische Beziehungen (vgl. Hantos 1983).



3. Der dritte Typus ist der imperiale Typus von symmetrischer Integration, gewissermaßen das Modell EU, vielleicht sogar das Modell Kant (*Zum ewigen Frieden*), manche munkeln: ein Modell Schmitt (*Völkerrechtliche Großraumordnung*). Hier erfolgt der freiwillige Beitritt jedenfalls nach Bedingungen der vom Zentrum des semipermeablen Bündnisgroßraums definierten idealrepublikanischen Gleichheitsvoraussetzungen. Und um der Vermeidung von Missverständnissen willen sei sogleich präzisiert, dass durch die Konturierung eines solchen dritten Typus nicht etwa die EU-Erweiterung als aggressive Belligerenz stilisiert werden soll, sondern vielmehr in Rechnung zu stellen ist, dass eine Reihe von pazifizierenden EU-Außenpolitikagenden (etwa gegenüber ex-jugoslawischen und jüngst auch nordafrikanischen Staaten von Ägypten über Libyen bis Tunesien und Marokko, womöglich auch hinsichtlich der Westukraine, und auch Israel wird immer wieder genannt) auf Beitrittsperspektiven hin zu interpretieren sind (vgl. Gehler 2014).

### Friedensmodelle

Das typologisch bemerkenswerte an den genannten Unterscheidungen ist nun mit Blick auf die ihnen eignenden Friedensmodelle, dass ihnen gerade keine fundamental unterschiedlichen Formen des Friedens zuzuordnen sind. Es ist als bekannt vorauszusetzen, dass die benannte Asymmetriensprache davon ausgeht (vgl. Münkler 2006), eine Asymmetrie der Stärke entspreche eher dem imperialen Friedensmodell, während symmetrische Beziehungen eher republikanischen Idealen zuneigten. Ein Imperium, so lautet eine bekannt gewordene Formulierung Münklers (2005: 17), kenne „keine Nachbarn“, die es „als Gleiche – und das heißt: als gleichberechtigt – Anerkenn[t]; bei Staaten hingegen ist das die Regel. Mit anderen Worten: Staaten gibt es stets im Plural, Imperien meist im Singular.“ „Es gibt also keine Integration des Staates in ein Reich. Der Staat existiert nur als Staaten, im Plural“, hielten auch Foucaults *Gouvernementalitätsvorlesungen* (1979: 18) fest. So gehört das republikanische Friedensmodell der Staatlichkeit zu, deren Plural – also: *die Staaten* – jene landlinienförmig kartographierbare, aus Staatenwaben zusammengesetzte „Welt“ ergibt, die politisch durch nicht unmissverständlich so genannte „Internationalen Beziehungen“ integriert sei (dazu Huhnholz 2012) und rechtlich durch

(semantisch kaum minder voraussetzungsreiches und realpolitisch unplausibles) „Völkerrecht“ (dazu Fisch 2010, 2011; Rawls 2002).

Sicher hatte beispielsweise Iring Fetscher, der langjährige Doyen der Frankfurter Politischen Theorie, 1972 nicht weniger als *sieben* modelltheoretische Wege zum Frieden beziehungsweise Friedensordnungen aufgezählt, die von Weltstaat über Sozialismus bis Triebhemmung reichten.<sup>4</sup> Fetschers bekanntester Schüler indes benennt systematisierend nur noch Pole von Friedensmodellen, zwei also: den republikanischen und den imperialen. Auf der durch beide Pole aufgespannten Skala hätten sich die uns bekannten politischen Friedensideen „erschöpft“ (Münkler 2007: 101; ders. 2005: 145ff.). Wendet man diesen Dualismus auf die Produktion von Frieden an, also auf politische Beendigungen von Kriegszuständen respektive entsprechend pazifizierende Interventionen und Drittmoderationen, zeigt sich eine kaum minder bemerkenswerte Klarheit: Das imperiale Modell der Asymmetrie aus Stärke entspricht dann dem Friedensmodell des Diktatfriedens, der Verordnung der Friedensbedingungen durch den Sieger. Das republikanische Modell der Symmetrie folgt hingegen dem Typus des Vertragsfriedens. Kurzum: Befriedung versus Friedensschluss (vgl. Fisch 1979; Huhnholz/Fischer 2010).

Zu sehen ist aber: Für den zweiten der drei eingeführten Fälle des Asymmetriemodells gibt es keinen eigenen Typus des Friedens, und an diesem Problem laboriert dann ja auch die Friedens-, Kriegs- und Konfliktforschung der vergangenen anderthalb Jahrzehnte in ganz gesteigertem Maße. Weder scheint das idealtypische, Kantianische Modell des Friedensschlusses unter asymmetrischen Bedingungen zu greifen, soll es um nicht-imperialistische Integration Ungleicher gehen. Noch greift entsprechend das vollends imperialistische Modell der alternativlosen Befriedung, die von Unterwerfung bis Vernichtung die ganze Spannbreite des Autoritären umfasst. Der Fall asymmetrischer Integration ist insofern der Idealfall für das

4 Das sind (1) Welt-Staats-theorien (Colonna, Dante, Kant, Wilson), (2) „balance-of-powers“ (Hobbes, Hume, Gentz), (3) weltweiter Freihandel (Bentham, Smith, Lippmann), (4) Koexistenz autarker, republikanischer Kleinstaaten (Rousseau, Fichte), (5) Demokratie (Kant, Wilson), (6) Sozialismus (Marx, Engels) und (7) Abbau individueller Aggressivität (Lorenz, Freud, Marcuse) (vgl. Fetscher 1972).

Spannungsfeld von Demokratisierungskriegsfolgen beziehungsweise von Nachkriegsordnungsproblemen seitens demokratischer Staaten geführter Kriege oder entsprechend parteiischer Konfliktinterventionen. Für die theoretischen Skalen zwischen Befriedung und Friedensschluss und zwischen Asymmetrie und Symmetrie mag das konzeptionell kein größeres Problem darstellen, ja es mag sogar als Zeichen intellektueller Feigheit gelten, auf die theoretische Sogkraft des real existierenden und realpolitisch problematischen dritten Typus zu bestehen, anstatt ihn – nach meinem Dafürhalten: politisch hilflos und theoretisch ausweichend – immerzu als Hybrid, Transformationsfall, Posttotalitäres, Neopatrimoniales und dergleichen mehr zu charakterisieren, als würden damit die labilen Frieden der seit über zwei Jahrzehnten instabilen ex-sowjetischen Regime, Maghrebstaaten oder auch Ägyptens in generalisierender, komparatistischer Hinsicht besser erklärt.

Dass für diesen theoretischen ‚Zwischen-Fall‘, den der asymmetrisch schwachen, politisch weder klar autokratisch noch potentiell liberaldemokratischen Marke, die heute allzu leichtfertig als wahlweise terroristisch denunziert oder als revolutionär etikettiert werden kann, kein eigenständiges Friedensmodell existiert, hat verschiedene Ursachen. Politisch etwa scheint es, als sei weder Vertrags- noch Diktatfrieden mit einer solchen Art unverlässlichem Gegenüber möglich. Dieser Gegner operiere nicht auf Augenhöhe, denn weder unterwerfe er sich aufrichtig, noch folge er verlässlichen demokratischen Idealen. Hier verbinden sich bereits kulturalistische Ausgrenzungsmerkmale, insofern eine essentialistische Attribuierung des Gegners kausalisiert wird: Weil er so sei, und vor allem: weil zu erwarten sei, dass er so bleibe, gelte für ihn nicht... usw.

Historisch überdies ist die Abwesenheit eines Friedensmodells für den (zweiten) Typus des asymmetrisch unterlegenen, gleichwohl politisch anzubindenden Gegners simpel: Ganze Völkerschaften, die gleichwie organisierten Widerstand gegen eine militärisch überlegene Macht wagten oder wagen mussten, durften mit Verschonung nicht rechnen. Die wenigen überhaupt bekannten und historiographisch überdies gut untersuchten Fälle, in denen nicht-autoritäre, nicht-revanchistische und sodann symmetrierungstaugliche Anbindung Krieg unterlegener und doch überlebender, das heißt nicht durch Vertreibung, Zerstreung oder Dauerbesatzung bevormundeter Kulturgruppen an obsiegende politische Kräfte zu konstatieren ist,

zeichnen sich Merkmale aus, die kaum zu verallgemeinern sind und bei denen sowohl der Faktor Zeit die nicht unwesentlichste Rolle spielt, ebenso die Duldung romantisch-melancholischer Verlustnarrationen sowie der Verzicht von Siegermächten, ihren Sieg auszustellen, Demütigungschancen wahrzunehmen oder Strafverfolgungs-, Vergeltungs- und Reparationspolitiken über ein symbolisch hinreichendes Maß hinaus zu praktizieren. Solche wenigen Fälle erfolgreicher Friedenskonsolidierung, zu denen etwa der amerikanische Süden nach dem Bürgerkrieg zählt oder vermutlich nunmehr auch Serbien nach den jugoslawischen Zerfallskriegen, fallen zudem bereits in die Moderne, sind bereits in sich demokratisierungspolitisch überwölbt, ohnehin eher als Bürger-, denn als Staaten-, Imperial- oder Kulturkriege zu charakterisieren, oder aber ihre Friedensphasen sind von einer unsicheren bis begrenzten Dauerhaftigkeit, was wiederum die Frage aufwirft, ab wann wir eigentlich von konsolidiertem Nachkrieg und „gerechten“ Frieden ausgehen dürfen (vgl. insb. Schivelbusch 2003; ferner Ferdowsj/Matthies 2003; Huhnholz 2011, 2014b; Paris 2007). Erschwerend kommt, weiterhin historisch betrachtet, hinzu, dass die Institution der Kapitulation, solcher Kapitulationen zumal, deren Bedingungen verhandelbar sind, bis weit ins Mittelalter keine verbindliche Form kannte. Und selbst, als Formen gefunden waren, orientierten sie sich an aristokratischen Ehrencodices, galten eher für die Kavallerie, kaum für Tross und Etappe (dazu einführend Afflerbach 2013; für Asymmetriekriege generalisierend Walter 2012). Es sind daher die Entwicklungsstufen des Völkerrechts und des westfälischen Staatlichkeitsmodells, die, wenn schon keine Humanisierung, so doch eine Kodifizierung und Institutionalisierung mit sich brachten, folglich auch Chancen auf verlässliche Scheidung zwischen Krieg und Frieden und schließlich auf die Kontraktualisierung des Friedens durch normativ-rechtliche Symmetrierung von staatlich souveränen Friedensträgern selbst (vgl. Münkler 2008).

Der hinter politischen Feindschaftsbegriffen und historischen Evidenzen allerdings nicht einfach nur verborgene, sondern vielmehr zusätzliche Grund für die Absenz friedensförderlicher Verhaltensmodelle zugunsten asymmetrisch unterlegener Gegner ist systematischer Art.<sup>5</sup> Er fragt nach

<sup>5</sup> Zur Differenzierung asymmetrisch unterlegener Gegner, insbesondere „nicht-staatlicher Gewaltakteure“ siehe in diesem Sinne Schneckener 2011.

Bedingungen jener für eine friedliche Koexistenz minimal erforderlichen Gleichheit zwischen gewaltmäßig asymmetrischen, sich darüber hinaus aber auch einander für politisch, zivilisatorisch oder kulturell ungleich erachtenden Lagern und kommt zu dem (nicht überraschenden) Ergebnis, dass schon aus methodologischen Gründen wohl lediglich die politische Ungleichheit der Machtverhältnisse mehr oder minder gut kaschiert reproduziert würde, versuchte man das interzivilisatorisch zu überbrückende Gefälle zu respektieren. Es ist insofern mehr als die (gleichwohl wichtige) Frage nach universalistischer Ethik, politischer Gerechtigkeitsphilosophie oder nach praktischer Rechtfertigungsnormativität, will man nach Bedingungen suchen, die die Paradoxie eines symmetrischen Friedens zwischen asymmetrischen Ungleichen überhaupt beschreiben könnten, ohne durch einen mitlaufend imperialen Gestus nur den Strukturen der Entwicklungslogik zu folgen oder jenen des paternalistischen Schutzes kultureller Diversität. Wie bei jeder betont kulturübergreifenden Komparatistik unter realpartikularistischen Bedingungen stellt sich schnell die Frage, ob nicht ein „praktisch-politisches Moment [v]orherrschend ist [...], das von einer ‚humanistischen‘ Synthese der unterschiedlichen Kulturwelten tendenziell normativ konturierte Visionen einer prospektiven Ordnung der globalen Welt formulieren möchte“ (Gebhardt 2014: 379).

Will man dieses methodisch evidente Risiko wenigstens verringern, scheint für konkrete Friedensmodelle einzig eine segmentäre Option plausibel, insofern nur eine solche, dem Prinzip der isolationistischen Abschottung zugehörige Perspektive dem Anspruch normativer Gleichheit unter Anerkennung zivilisatorischer Differenz bei faktischen Ungleichheitsbedingungen genügen dürfte. Unter modernen Bedingungen freilich ist derlei nicht zu leisten – schon räumlich nicht: die anlassorientierte Preisgabe universalistisch motivierter Versöhnungsideale zwecks Reduzierung schwelender und also fortgesetzter Aggressivität bedingt eine wenigstens partielle und temporäre erinnerungspolitische Invisibilisierung der Konflikthanlässe, -opfer, -kosten -und -folgen, die anders als durch räumliche Separation einschließlich der Abschottung gegnerischer Öffentlichkeiten ohnehin kaum praktikabel zu sein scheint und unter heutigen Bedingungen einer kommunikativ, migrativ und global integrierten politischen Raumdiffusion schlechterdings unmöglich ist (vgl. zu Grundproblemen Huhnholz 2011, 2014b; Huhnholz/Fischer 2010).

Doch auch die prinzipielle Wahrscheinlichkeit eines solchen Konfliktheungsmodells ist gering. Die reziproke Imagination normativer Ebenbürtigkeit der Konfliktparteien und einer daher politisch auch von der asymmetrisch stärkeren Partei in Kauf zu nehmenden Fiktion vertragstauglicher Gleichrangigkeit, von einer Gleichheit in Ungleichheit sozusagen, lässt sich wohl ebenfalls besser durch Abschottung statt durch Annäherung stabilisieren. Nicht zufällig kommt solch eine Konstruktion modelltheoretisch lediglich der Inversion des Prinzips der Schutzverantwortung in Nothilfe-situationen gleich. Es handelt sich um die zweckerweiternde Umstülpung der Rechtsfigur asymmetrisch überlegener Gewähr von Protektion gegenüber aussichtslos Unterlegenen zwecks Verteidigung unzureichend Selbsthilfefähiger oder Wehrloser, kurzum jener Figur der Nothilfe oder Notwehrbeihilfe, die im jüngeren Völkerrechtsdiskurs als „responsibility to protect“ diskutiert, dort aber als stellvertretend verteidigende Maßnahme einer Schutzverantwortung für *von Dritten* Bedrohte konzipiert worden ist, nicht aber als quasi zivilisatorischer Artenschutz, nicht als jene kontraxessive Zügelung und Selbstbindung Überlegener, die weiterhin dem Ideal des „ius in bello“ zugeordnet bleibt, dem Kriegsvölkerrecht und seiner vor allem mit dem Haager Landkriegsordnung assoziierten Regelkataloge für Kämpfende.

Es ist offensichtlich, dass eine solchermaßen gedachte Inversion des Schutzverantwortungsprinzips den engeren Bereich des kriegsvölkerrechtlichen Regelungsbereichs verlässt und sich mittelbar in die politische Sphäre der Nachkriegsordnung erstreckt. Das Dilemma besteht dann (vereinfacht gesagt) in der Frage, warum im Krieg obsiegende Mächte, so sie die Verliererseite überhaupt schonen, auf die Chance eines ideologischen Friedens verzichten sollten, eines Friedens also, der dem Verlierer eine dem verfassungspolitischen System des Siegers adäquate Nachkriegsordnung vorschreibt statt dem Unterlegenen ein souveränes Selbstbestimmungsrecht zu lassen. Dieses Problem stellt sich fraglos in vielen Konstellationen. Speziell aber für die totalitären Weltanschauungskriege des 20. Jahrhunderts sowie für die ideologischen Implikationen des Modells vom „Demokratischen Frieden“ aber sind sie von herausragender Bedeutung, denn deren ideologische Kriege werden in der Binnenwahrnehmung ihrer Verfechter dialektisch begründet: sie gelten zugleich als Verteidigungs-, Regime- und insofern auch moderne Missionierungskriege, insofern die

jeweiligen Kriegsgründe auf den Umstand zurückgeführt werden, dass der Gegner auch politischer Feind ist, oder abstrakter: dass die Motivation des Gegners zugleich eine ideologische ist, die es spätestens im Nachkrieg durch eine Gegenideologie zu brechen und zu ersetzen gilt. Insofern gilt es, die Bedingungen der Feindschaftlichkeit als solche zu beseitigen, was zur kategorial und temporal paradoxen Figur eines im zukünftigen Rückblick immer schon als Bruderkrieg historisierbaren Erziehungskrieges führt, für die vielleicht die Assoziation des „Großen Bruders“ nicht die unpassendste ist, insofern in dieser Metapher Befreiung, Gleichheit und Ohnmacht zusammenfallen.

## Demokratischer Siegfrieden

Die wie auch immer tatsächliche Verweigerung asymmetrisch schwacher Kriegsparteien, gegebenenfalls sogar irregulärer Kombattanten, ein bedingungsloses Bekenntnis zur umfassenden Selbstbekehrung abzulegen, ist daher auch das Leitmotiv diverser heutiger Darstellungen, um diese Art Gegner „kulturalisieren“ zu können. Dies impliziert etwa die Annahme, solch ein Gegner erstrebe von sich aus – *weil er so ist, wie er ist* – die Kriegsfortsetzung aufs Äußerste und würde noch nach Unterwerfung das fortwährende Glimmen der Aggression schüren, wodurch der Nachkrieg Vorkrieg und die prinzipiell asymmetrische Gesamtkonstellation erhalten bliebe. Entsprechend ist diesem faktisch noch immer im Modus des Weltbürgerkriegs operierenden Typus Partei vielfach attestiert worden, dass er die im Theorem der „neuen Kriege“ eingefangenen Konflikte eher „schwelen“ als lodern lasse, wodurch dann Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Militär und Zivilist, Politik und Ökonomie etc. fließend werden. (Münkler 2002). Es kann jedenfalls nicht als Zufall gelten, dass dieser Typus weder dem vortotalitären Ideal der „Westfalia“ entspricht, noch dem posttotalitären Diktum vom „Ende der Geschichte“ (vgl. Huhnholz 2015b).

Folgt man daher der an Carl Schmitts politischer Theologie geschul- ten Semantologie Reinhart Kosellecks, zeigt sich, dass sich im genannten Fall der wesentlich kulturalistischen Konturierung asymmetrisch schwacher Kombattanten durchaus jenes christliche Feindverständnis fortsetzt, das auch für die Weltbürgerkriegsära des Kalten Krieges paradigmatisch geworden war. So war es zunächst

„seit der Einführung des Christentums [...] zu einem neuen Feindbegriff [gekommen]. Der Nichtchrist verfällt der Verdammnis, nur der Christ hat Aussicht, vielleicht sogar die Gewißheit, dereinst vom Übel der Welt erlöst zu werden. Damit rücken die Zwangsalternativen in eine zeitliche Fluchtlinie. Es gibt noch die Noch-nicht-Christen: die Pagani, die Heiden, die Juden, aber auch die Hellenen wie die Barbaren zugleich, sie alle sind Adressaten der Mission. [...] Und es gibt die Nicht-mehr-Christen, die Häretiker, die Ketzer, die vollends verloren sind, es sei denn, sie werden, wenn möglich, zu ihrem eigenen Heil verbrannt [...] Der religiös ausgegrenzte Feind wird spiritualisiert und gerät damit in eine Ausweglosigkeit, die der vorchristlichen Antike unbekannt war. Die Schuld an seiner Vernichtung wird dem ungläubigen Feind selbst angelastet [(...) und so] ist der wirkliche Feind nur ein Epiphänomen des zu vollstreckenden Heilsgeschehens“ (Koselleck 1993: 277f.).

Doch der Übergang vom Fremden zum andersartigen Barbaren und schließlich zum – im durch Koselleck übernommenen Begriff Carl Schmitts – „wirklichen“ Feind verweist schon auf die weltbürgerkriegserische Konstellation. Da die eschatologische Perspektive in die säkularisierte und politisierte Neuzeit demokratisch „übertragbar“ wurde, konnte sie sich innerweltlich radikalieren. Daher brachte, so Koselleck weiter,

„unsere Neuzeit [...] noch eine weitere Radikalisierung der Feindbegriffe mit sich. Seitdem die Menschheit als autonome Letztinstanz an die Stelle Gottes trat, zum Subjekt und Objekt ihrer eigenen Geschichte erhoben wurde, rückte auch der Feind in neue Begriffsfelder ein. Der Feindbegriff, den der Mensch als solcher semantisch stiftet: Der Unmensch, ist eine Blindformel, in die jeder den anderen hineindefinieren kann, um sich selbst als Menschen auszuweisen – womit nichts mehr aber auch nicht weniger gewonnen wird, als den Feind funktional zu den eigenen Absichten und Interessen zu begreifen. [...] Gerade in ihrer Verfehlung des Anderen liegt die Wirksamkeit der Feindbegriffe beschlossen“ (ebd.: 278ff.).

In diesem Sinne scheinen denn auch – wohlgemerkt: *auch*, nicht: *nur* – Demokratien zu imperialen Mustern der Konfliktbeobachtung zu neigen. Dies nicht, weil Demokratien unbedingt stark sind, wohl aber, weil sie, wo sie kämpfen, nicht nur militärisch kämpfen, sondern zugleich politisch und kulturpädagogisch, und zwar gegen einen aus ihrer Perspektive rückständigen, primitiv-voraufgeklärten oder der demokratischen Evolution bedürftigen Gegner, andernfalls eben gegen einen umso gefährlicheren, weil totalitären Feind. Den Gegner gilt es zu befreien, umzuerziehen, den Feind nötigenfalls zu vernichten. Die Wiederherstellung eines vorkriegsstaatlichen

Status quo ante ist für Demokratien offenbar ausgeschlossen. Sie käme einer politischen Niederlage gleich.

Damit also kommt die über immerhin drei Jahrtausende etablierte Unterscheidung zwischen Vertragsfrieden und Unterwerfungsfrieden abhanden und bleibt bis auf Weiteres absent. Stattdessen wurde ein dritter, allerdings vollends asymmetrischer und höchst heikler Typus etabliert, den man meinethalben „demokratisierenden Frieden“ nennen mag, der jedenfalls, und hier wäre einer seit zwei Jahrzehnten immer wieder bearbeiteten Perspektive Christian Meiers zuzusprechen (vgl. Huhnholz 2011), auch mit seinen historisch nächsten Vorbildern, den religiösen Missionierungskriegen allein nicht ausreichend zu vergleichen ist. Denn zwar wird der Kriegsgegner einer Demokratie in geschichtlich vertrauter Diktion als Ungleichere und gewissermaßen Ungläubiger markiert und somit gerät seine ideelle Symmetrierung gewissermaßen zur ideologischen Supervision des Kriegsausgangs. Ganz unbenommen der Frage, ob der Kriegs Anlass selbst demokratisierungsbedingt war oder nicht, gerät der Gegner einer kriegführenden Demokratie unwillkürlich zum Feind der Demokratie.

So kommt es, verglichen mit den beiden eingeführten Idealtypen des imperialen und des republikanischen Friedens, also verglichen mit unterwerfender Befriedung einerseits und mit gleichberechtigtem Friedensschluss andererseits, zu einem ganz und gar paradoxen Format: Demokratien meinen, nur als Sieger Frieden *schließen* zu können, verfügen jedoch über keine ideologischen Ressourcen, um ihre Gegner im Fall fortgesetzter Renitenz gegen alle demokratischen Gleichheitsversprechen einem Fremdherrschaftsregime zu unterwerfen. Stattdessen werden sodann jene Abzugs- und Rückzugsforderungen laut, die – wie in den Fällen des Irak, Afghanistans, vielleicht nunmehr Libyens, Ägyptens, Sudans, einer Reihe lateinamerikanischer Interventionsgebiete u.a. – das frühere Ziel des Regimewandels durch das Ziel eines geordneten Abzugs ersetzen und in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Muster etabliert haben, das dieser Jahre kollabiert, da es zum missbräuchlichen Werkzeug pseudofreiheitlicher Kräfte zu werden droht, wo unter dem Banner von Demokratisierungsversprechen westlich proliferierte Staatsstrieche abrufbar werden und somit gleichermaßen regionalen Destabilisierungen wie fortgesetzten Destruierungen des Völkerrechts Vorschub geleistet wird.

## Literatur

- Afflerbach, Holger* 2013: Die Kunst der Niederlage. Eine Geschichte der Kapitulation, München.
- Fetscher, Iring* 1972: Modelle der Friedenssicherung, München.
- Ferdowsi, Mir A.; Matthies, Volker* (Hg.) 2003: Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Nachkriegsprozessen in Nachkriegsgesellschaften, Bonn.
- Fisch, Jörg* 1979: Krieg und Frieden im Friedensvertrag. Eine universalgeschichtliche Studie über Grundlagen und Formelemente des Friedensschlusses, Stuttgart.
- Fisch, Jörg* 2010: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion, München.
- Fisch, Jörg* (Hg.) 2011: Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, München.
- Foucault, Michel* 2006 [1969]: Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main.
- Gebhardt, Jürgen*: Theorie und Methodenprobleme einer interzivilisatorisch vergleichenden Theorie, in: Brodacz, André et al. (Hg.): Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer, Berlin 2014, S. 371–386.
- Gehler, Michael*: Europa. Von der Utopie zur Realität, Innsbruck und Wien 2014.
- Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt am Main.
- Grimm, Sonja* 2010: Historisch vergleichen, aber richtig. Irak ist nicht Westdeutschland, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4(1), S. 53–77.
- Habermas, Jürgen* 1960: Zur Kritik an der Geschichtsphilosophie/Die verzögerte Moderne, in: ders.: Politisch-philosophische Profile. Wozu noch Philosophie, Frankfurt am Main, S. 435–452.
- Haffner, Sebastian* 1978: Anmerkungen zu Hitler, München.

- Hantos, Theodora* 1983: Das römische Bundesgenossenssystem in Italien, München.
- Huhnholz, Sebastian* 2010a: Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus, Berlin.
- Huhnholz, Sebastian* 2010b: Kulturalisierung des Terrors. Das dschihadistische Selbstmordattentat als Stereotyp islamischer Kampfkultur, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaften, 4(1), S. 69–80.
- Huhnholz, Sebastian* 2011: Ans Vergessen erinnern, in: Berliner Debatte Initial, 22(4), S. 145–155.
- Huhnholz, Sebastian* 2012: Imperiale oder Internationale Beziehungen? Imperiumszyklische Überlegungen zum jüngeren „American Empire“-Diskurs, in: Münkler, Herfried/Hausteiner, Eva Marlene (Hg.): Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 195–231.
- Huhnholz, Sebastian* 2014a: Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs, Frankfurt am Main und New York.
- Huhnholz, Sebastian* 2014b: Erfahrungswandel ohne Methodenwechsel? Zum „Methodennationalismus“ der deutschen Rezeption von Timothy Snyders „Bloodlands“, in: Tr@nsit online, 2014: <http://www.iwm.at/read-listen-watch/transit-online/erfahrungswandel-ohne-methodenwechsel/> [Zugriff 15.01.2015].
- Huhnholz, Sebastian* 2014c: Staatszombies. Sterbekulte, Leviathane und andere Goldene Kälber der jüngeren politischen Ikonologie, in: Zeitschrift für Politische Theorie, 5(1), S. 136–142.
- Huhnholz, Sebastian* 2015a: „Wie viele thermonukleare Kriege haben Sie schon geführt?“ Abschreckung, Öffentlichkeit und asymmetrische Perspektiven im Werk Herman Kahns, in: Mauritsch, Peter (Hg.): „Ich erkläre Dir den Krieg!“ Anlässe und Ausreden für bewaffnete Konflikte von der Antike bis zur Gegenwart, Graz (i.E.).
- Huhnholz, Sebastian* 2015b: Abschied vom Wandel? Zum postdemokratischen Status des Topos „Ende der Geschichte“, in: Olaf Briese et al. (Hg.): Aktualität des Apokalyptischen. Zwischen Kulturkritik und Kulturversprechen, Würzburg (i.E.).

- Huhnholz, Sebastian/Fischer, Karsten* 2010: Amnesie und Antizipation. Ein politiktheoretischer Versuch zum Problem von Nachkriegsordnungen, in: Behemoth, 3(1), S. 49–74.
- Keegan, John* 1993 [2001]: Die Kultur des Krieges, Reinbek bei Hamburg.
- Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre* (Hg.) 2006: Al-Qaida. Texte des Terrors, München u. Zürich.
- Kesting, Hanno* 1959: Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum Ost-West-Konflikt, Heidelberg.
- Koselleck, Reinhart* 1954/59 [1979]: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt am Main.
- Koselleck, Reinhart* 1988 [2003]: Erfahrungswandel und Methodenwechsel, in: ders.: Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt am Main, S. 27–77.
- Koselleck, Reinhard* 1993 [2010]: Feindbegriffe, in: ders.: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt am Main, S. 274–284.
- Mann, Michael* 2007: Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg.
- Manow, Philip* 2011: Politische Ursprungsphantasien. Der Leviathan und sein Erbe, Konstanz.
- Münkler, Herfried* 2002: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg.
- Münkler, Herfried* 2005: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin.
- Münkler, Herfried* 2006: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist.
- Münkler, Herfried* 2007: Krieg und Frieden, in: ders./Llanque, Marcus (Hg.): Politische Theorie und Ideengeschichte, Berlin, S. 95–108.
- Münkler, Herfried* 2008: Krieg, in: Erwägen Wissen Ethik, 19(1), Stuttgart, S. 27–43.
- Paris, Roland* 2007: Wenn die Waffen schweigen. Friedenskonsolidierung nach innerstaatlichen Gewaltkonflikten, Hamburg.

- Rawls, John* 2002: Das Recht der Völker, Berlin und New York.
- Schivelbusch, Wolfgang* 2003: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918, Frankfurt am Main.
- Schneekener, Ulrich* 2011: Spoiler oder Governance-Akteure? Ein Plädoyer zur Differenzierung nicht-staatlicher Gewaltakteure, in: Harald Bluhm et al. (Hg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin, S. 495–512.
- Peter Sloterdijk* 2013: Reflexionen eines nicht mehr Unpolitischen, Berlin.
- Sofsky, Wolfgang* 1996: Traktat über die Gewalt, Frankfurt am Main und Wien.
- Snyder, Jack L.* 2000: From Voting to Violence. Democratization und Nationalist Conflict, New York.
- Suri, Jeremi* 2011: Liberty's Surest Guardian: American Nation-Building from the Founders to Obama, New York.
- Wahl, Klaus* et al. 2001: Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen, Opladen.
- Walter, Dierk* 2011: „The Enemy Must Be Brought to Battle“. Westliche Schlachtniederlagen in Imperialkriegen, in: Mittelweg 36, 20(1), S. 55–80.
- Walter, Dierk* 2012: Kein Pardon. Zum Problem der Kapitulation im Imperialkrieg, in: Mittelweg 36, 21(3), S. 90–111.